

als bei Bauarbeiten auf dem ehemaligen Gelände des Konzentrationslagers Sachsenhausen bis zu anderthalb Meter dicke Schichten menschlicher Asche gefunden wurden: die Überreste zehntausender ermordeter Häftlinge. In 150 Massennurnen zu je 30 Kilogramm fanden die Toten im Jahr 2005 endlich ihre letzte Ruhe. Die feierliche Bestattung am 60. Jahrestag der Befreiung des Lagers unterstreicht einmal mehr die herausgehobene Bedeutung der authentischen Gedenkstätten, die immer auch Orte der Totenruhe sind. Es wäre deshalb nicht nur bedauerlich, sondern geradezu skandalös, wenn die Gedenkstätten langfristig einen Preis für die Errichtung des „Holocaust-Mahnmals“ zu zahlen hätten. Abgesehen davon: Ohne die historische Erinnerung, ohne die authentischen Vernichtungsorte wird auf Dauer jedes abstrakte Denkmal seine Wirkung als Zeichen gegen das Vergessen verlieren.

Die Einweihung des Denkmals für die ermordeten Juden Europas fällt zeitlich zusammen mit dem Gedenken an die Befreiung der Konzentrationslager und das Ende des Zweiten Weltkrieges vor 60 Jahren. Der 8. Mai 1945 ist der Tag der Befreiung vom nationalsozialistischen Terrorregime. Eine Befreiung für sämtliche überlebenden Opfer der Gewaltherrschaft und deren Nachfahren. Wer diesen Tag noch immer als Niederlage Deutschlands sieht, sollte sich bewusst machen, was aus Deutschland geworden wäre, wenn der Nationalsozialismus gesiegt hätte. Erst das Ende des nationalsozialistischen Unrechtsregimes ermöglichte uns allen ein Leben in Freiheit. Dieser Überzeugung folgten am vergangenen Wochenende zehntausende von Bürgerinnen und Bürger aus allen Bereichen der Gesellschaft und setzten hier in Berlin am Brandenburger Tor ein eindrucksvolles, ermutigendes, aber auch notwendiges Zeichen für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit in Deutschland.

In diesen Tagen erinnern wir uns an die Millionen ermordeter Jüdinnen und Juden, an die ermordeten Angehörigen des Volkes der Sinti und Roma, an die Homosexuellen und alle anderen politisch, ethnisch und religiös Verfolgten sowie an die unschuldigen Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft unter der deutschen Zivilbevölkerung. Aber es sind auch Tage, an denen wir mit Dankbarkeit und Hochachtung der *Überlebenden* und *Zeitzeugen* gedenken, deren Schilderungen uns eine Ahnung des Unfassbaren vermitteln. Die Zeit, die ihnen bleibt, Zeugnis abzulegen, ist begrenzt. Die Nachgeborenen stehen deshalb in der historischen Pflicht, das Vermächtnis der Zeitzeugen weiter zu geben. Das Denkmal für die ermordeten Juden Europas ist kein authentischer Ort. Und doch hoffe ich, dass dieses Denkmal Herz und Gewissen jeder Besucherin und jedes Besuchers erreicht. Möge es dazu beitragen, jene Erinnerung wach zu halten, die mit dem Verstummen der Zeitzeugen zu verblassen droht.

„Profitmaximierungsstrategien gefährden auf Dauer unsere Demokratie“

**Rede des SPD-Parteivorsitzenden Franz Müntefering
am 13. April 2005 in Berlin
(Auszüge)**

Mit seiner Rede auf dem 3. Programmforum der SPD zum Thema „Demokratie. Teilhabe, Zukunftschancen, Gerechtigkeit“, in der er negative Folgen des globalisierten Kapitalismus thematisierte, löste Franz Müntefering eine heftige Debatte aus (vgl. auch die Beiträge von Rudolf Hickel und Herbert Schui in diesem Heft). Wenige Tage später ergänzte er seine „Kapitalismuskritik“ in einem Interview mit der „Bild am Sonntag“ (18. April 2005), in dem er die soziale Verantwortungslosigkeit vieler Finanzinvestoren beklagte, die sich aufführten, „als gäbe es für sie keine Schranken und Regeln mehr“ und die „keinen Gedanken an die

Menschen, deren Arbeitsplätze sie vernichten“, verschwendeten. „Sie bleiben anonym, haben kein Gesicht, fallen wie Heuschreckenschwärme über Unternehmen her, grasen sie ab und ziehen weiter. Gegen diese Form von Kapitalismus kämpfen wir.“ Im Folgenden dokumentieren wir die Schlüsselpassagen aus Münteferings Programmrede. – D. Red.

[...]

1. Demokratie braucht Staat

So positiv die Idee und noch mehr der Begriff der Demokratie belegt sind, so schwer tut sich das Land mit dem Staat.

Mancher putzt sich gerne die Füße an ihm ab und macht ihn zum Synonym für eine Krake und für Bonzen, für Bürokratie und für Unfähigkeit. Manche reden aus Gedankenlosigkeit abfällig über ihn, andere auch sehr gezielt. Sie fordern den schlanken Staat und wären doch nicht böse, wenn er denn verhungerte. Ja, sie legen es darauf an.

Damit ist eine Scheidelinie markiert für den politischen Weg unseres Landes.

Die Staatsskepsis ist ein Irrweg. Die Staatsverachtung eine Gefahr. Mit dem modernen Staat ist die Idee der Demokratie überhaupt erst möglich geworden. Er stellt die Institutionen bereit, mit denen Gesellschaften ihr Zusammenleben organisieren können. Sie gewährleisten Frieden und Sicherheit. Und sie garantieren – auf Basis der Grundrechte – Freiheit.

Unser Staat ist ein Rechtsstaat. Er setzt Recht und er trägt das Recht mit seiner demokratisch legitimateden Macht.

Unser Staat hat das Monopol der Gewalt, niemand sonst hat ein Recht auf Gewalt. Innerer Frieden und Rechtssicherheit sind zentrale öffentliche Güter. Unser Staat setzt auch die anderen öffentlichen Güter: Bildungswesen, Gesundheitswesen, Finanzwesen, Infrastruktur.

Unser Staat ist ein Sozialstaat. Staatsziel ist die gerechte Ordnung der Beziehungen zwischen den Menschen. Der Sozialstaat ist nicht entbehrlich.

Unser Staat ist ein Bundesstaat. In dieser föderalen Ordnung müssen Bund und Länder und in den Ländern die Kommunen ihre klar zugeordnete Verantwortung tragen. Staat heißt in Deutschland nicht Zentralstaat, aber die Chancengleichheit und die soziale Gerechtigkeit bleiben auf der Strecke, wenn sie nicht im Rahmen gesamtstaatlichen Handelns gesichert werden. Viele Herausforderungen lassen sich nur vernünftig lösen, wenn Bund, Länder und Gemeinden miteinander und zeitnah und mit gemeinsamer Zielsetzung daran arbeiten.

Und dabei sind andere Akteure gleichermaßen unentbehrlich; die Zivilgesellschaft in all ihren Formen. Das Ja zum staatlichen Handeln und zu seiner Verantwortung macht uns nicht blind für seine Grenzen und für seine Schwächen.

Staat kann nicht alles alleine regeln. Manches kann er ausdrücklich nicht oder nicht gut. Das ist eine Binsenweisheit. Staat braucht Kooperationspartner. Nach außen in Form anderer Staaten. Und nach innen als Zivilgesellschaft, einschließlich Wirtschaft. Vereinbarungen und Selbstverpflichtungen wirken da oft effizienter als staatliche Verordnungen. Der Ausbildungspakt ist dafür aktuell ein gutes Beispiel.

Gleichwohl, Staat ist mehr als nur ein Reparaturbetrieb. Er darf sich nicht zufrieden geben mit der Aufgabe, Fehlentwicklungen auszugleichen, den Schwächsten zu helfen. Er hat Aufgaben, die er für die Gesellschaft erledigt.

Staat muss gestalten, das ist das europäische Verständnis von Sozialer Ordnung. Das ist auch das sozialdemokratische Verständnis von Staat.

[...]

Wir wissen, dass es ein Spannungsverhältnis zwischen staatlicher und gesellschaftlicher Politik einerseits und den ungehemmten Regeln des Marktes andererseits gibt. Diese Spannung gilt es auszuhalten und produktiv zu nutzen.

Deshalb wollen wir soziale Marktwirtschaft und nicht Marktwirtschaft pur.

Im Denken und Handeln der Ökonomie ist der Primat der Ökonomie selbstverständlich, scheint staatliches Handeln oft unnötig bis kontraproduktiv. Ökonomie zielt – bestenfalls – indirekt auf das Sozialwesen Mensch, sie kalkuliert die Menschen zwar ein, aber nur in Funktionen: als Größe in der Produktion, als Verbraucher oder als Ware am Arbeitsmarkt.

Diese abstrakte Logik schlägt sich konkret im Handeln von bestimmten Finanz-Unternehmen nieder: Die international forcierten Profitmaximierungsstrategien gefährden auf Dauer unsere Demokratie.

Es liegt im eigenen Interesse von Unternehmern – und davon gibt es noch sehr viele –, die sich für ihr Unternehmen, für ihre Arbeitnehmer und für den Standort mitverantwortlich fühlen und entsprechend handeln, diesen Entwicklungen gemeinsam mit uns entgegenzutreten.

Unsere Kritik gilt der international wachsenden Macht des Kapitals und der totalen Ökonomisierung eines kurzatmigen Profit-Handelns. Denn dadurch geraten einzelne Menschen und die Zukunftsfähigkeit ganzer Unternehmen und Regionen aus dem Blick. Und die Handlungsfähigkeit der Staaten wird rücksichtslos reduziert. Im Ergebnis wird damit die Reputation des Staates bei seinen Bürgerinnen und Bürgern dramatisch belastet, weil er nicht mehr in der Lage ist, die von ihm erwartete Interessenwahrung hinreichend zu leisten.

Auf diese Entwicklung müssen wir politisch reagieren: Wo der Nationalstaat an die Grenzen seiner Handlungsmöglichkeiten stößt, könnte die Europäische Union und könnten Institutionen der internationalen Völkergemeinschaft wirkungsvoll handeln.

Die EU muss sich entscheiden: Will sie dem Markt unter der Überschrift Wettbewerb Schneisen schlagen, die auch die sozialstaatlichen Aufgaben der einzelnen Staaten massiv tangieren? Oder will sie, im Sinne der EU-Verfassung, gemeinsam mit den Nationalstaaten eine demokratische und soziale Union?

Wir machen uns für die zweite Option stark. [...]

Die Blätter für deutsche und internationale Politik erscheinen als Monatszeitschrift.

Verlag und Vertrieb: Blätter Verlagsgesellschaft mbH, Meckenheimer Allee 73, 53115 Bonn.

Postanschrift: Postfach 2831, 53018 Bonn, Telefon 02 28 / 65 01 33, Telefax 02 28 / 65 02 51.

E-Mail: abo@blaetter.de – Internet: www.blaetter.de

Verlagsleiter und Geschäftsführer: Karl D. Bredthauer, Telefon 02 28 / 65 85 44.

Bankverbindungen: Postbank Köln (BLZ 370 100 50), Kto. 147 993-502.

Redaktion: Albrecht von Lucke, Annett Mängel, Dr. Albert Scharenberg, Torstraße 178, 10115 Berlin.

Telefon 030/30 88 36 40 (Zentrale), 030/30 88 36 42 (v. Lucke), 030/30 88 36 43 (Mängel),

030/30 88 36 41 (Scharenberg), Fax 030/30 88 36 45. E-Mail: redaktion@blaetter.de.

Redaktion Bonn: Karl D. Bredthauer (02 28/65 85 44). E-Mail: karl.bredthauer@blaetter.de.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Disketten, Bücher etc. keine Gewähr.

Die Zeitschrift sowie alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Anzeigen: Annett Mängel, 030/30 88 36 43. Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 16.

Satz, Layout: Klaußner Medien Service, Köln. **Druck:** Druckhaus Locher GmbH, Köln.

An dieser Ausgabe wirkten als Redaktionspraktikanten Hauke Steg und Cornelius Lehngruth mit.

Blätter-Förderverein: Die Blätter für deutsche und internationale Politik erscheinen zugleich als Mitgliederzeitschrift der Gesellschaft zur Förderung politisch-wissenschaftlicher Publizistik und demokratischer Initiativen e.V., Meckenheimer Allee 73, 53115 Bonn. Bankverbindung: SEB Bonn (BLZ 380 101 11), Kto. 1 028 171 700.

Preis des Einzelheftes 8,50 Euro, im Abonnement jährlich 66,60 Euro bzw. 50,40 Euro (Mindestpreis). Alle Preise zuzüglich Versandkosten. Auslandszuschläge auf Anfrage. Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr, sofern es nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums beim Verlag schriftlich gekündigt wurde.

Das Register des laufenden Jahrgangs erscheint jeweils im Dezemberheft.

Heft 7/2005 wird am 30.6. 2005 ausgeliefert.

© Blätter für deutsche und internationale Politik. ISSN 0006-4416.

G 1800 E

